Ukrainische „Odyssee“ oder: Internationalismus oder Russifizierung?

29.07.2018

Jetzt können wir sicher sagen, dass man die Ursprünge der russischen Annexion der Krim und der bewaffneten Konflikte in den Gebieten Donezk und Luhansk in bedeutendem Maße in der einseitigen, voreingenommenen Migrationspolitik des zaristischen und nach 1917 des sowjetischen Imperiums suchen muss.

Die Ursprünge der russischen Aneignung der Krim gilt es in der einseitigen Migrationspolitik der zaristischen und sowjetischen Imperien zu suchen.

Der bolschewistische Umsturz von 1917 warf gnadenlos alle üblichen Prinzipien und Prinzipien über den Haufen.

Allerdings in einem blieb die Politik des alten und des neuen Regimes die gleiche im unerbittlichen, oft zum Schaden des eigenen Volkes gelebten Durst nach der Eroberung fremder Gebiete.

Aber je mehr Raum Russland unterwarf, desto schärfer wurde das Problem der Humanressourcen. Wie den zaristischen, so fehlten auch den bolschewistischen Herrschern Menschen, um die neuen Länder zu erschließen. Versteckt hinter mythischen Drohungen, sei es der nationalen Orthodoxie, sei es kommunistischer Ideale oder banal, indem sie den Migranten Berge von Gold versprachen, versprengten diese Regime ganze Völker über weite, oft zum Leben nicht geeignete Territorien. Und den ersten Platz unter diesen Umgesiedelten nahmen die Ukrainer ein. Den Erlass Alexanders II., dem zufolge es sich gehörte, „als allgemeine Regel zu nehmen, in den Bildungseinrichtungen der Bezirke Charkow, Kiew und Odessa hauptsächlich Großrussen aufzunehmen, die Kleinrussen aber auf die Bildungseinrichtungen von St. Petersburg, Kasan, und Orenburg zu verteilen“ (Emser Erlass von 1876, § 9), haben die Bolschewiki traditionell übertroffen, indem sie die Palette der Berufe und der geografischen Umsiedlung erweiterten.

Anfang 1919 hat die selbsternannte Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik ein Ultimatum ausgesprochen: ihr fünf Landkreise mit überwiegend ukrainischer Bevölkerung des Gouvernements Kursk, fünf von Woronesch, einen Bezirk des Don-Gebietes, einen Kreis des Gouvernements Staropolsk, drei Bereiche des Kuban (darunter Temrjuk und Jeisk, wo die Ukrainer 75 Prozent der Bevölkerung ausmachten) zu übertragen.

Man sollte anmerken, dass die Ukraine nie Territorialansprüche vorgetragen hat, obgleich sie dazu alle Anlässe hatte. Nach den Angaben der Volkszählung von 1926 lebten im Bezirk Kuban 915.400 Ukrainer (61,5 Prozent der Gesamtbevölkerung), in Staropolsk 245.800 (33,1 Prozent), in Twer 194.000 (30,2 Prozent), im Gouvernement Kursk 513.540 (19,4 Prozent), in Woronesch 1,921 Millionen (33, 2 Prozent), in Brjansk 127.634 (7,5 Prozent). Eine beträchtliche Zahl von Ukrainern lebte in den Bezirken Don, 498.300 (44 Prozent), Armawir, 309.000 (32,9 Prozent), Omsk, 159.700 (19,4 Prozent), im Gouvernement Saratow, 196.700, in Stalingrad schließlich 122.200.

Im Oktober 1924 wurde im Zusammenhang des Prozesses der staatlichen territorialen Abgrenzung zwischen der Ukraine und den angrenzenden Republiken die Bildung der moldauischen autonomen Republik innerhalb der Ukraine ausgerufen. In der Regel leiten bei der administrativen Zuweisung von Land und bei der Einrichtung von Grenzen zwei Prinzipien: die ethnische Zusammensetzung der Bevölkerung und die wirtschaftliche Machbarkeit. Aber dieses Mal ignorierte man anbetrachts der strategischen und politischen Interessen des neuesten bolschewistischen Reiches hinsichtlich der „Bessarabien-Frage“ die allgemein anerkannten internationalen Prinzipien. Dem Gebilde der neu geschaffenen Autonomie wurden alte ukrainische Ländereien zugesprochen: ein Teil der Bezirke von Balta und Odessa und einige Siedlungsgebiete von Tultschin des Gouvernements Podil. 1926 lebten in der Moldawischen ASSR 48,5 Prozent Ukrainer, 30,1 Moldawier, 8,5 Prozent Russen, 8,5 Prozent Juden, der Rest andere Minderheiten. Als schließlich 1940 die Moldawische SSR gegründet wurde, verlor die Ukraine auf immer ihre altangestammten Flächen.

Die nächste Phase der Migration der Ukrainer fällt in der Mitte der 1920er Jahre. Das Dekret des Zentralkomitees der UdSSR vom 30. Juli 1926 legte fest, dass die wichtigste Aufgabe der Migrations-Ereignisse die Freisetzung der übervölkerten Regionen der Ukraine und die Besiedlung des Fernen Ostens, Sachalins, Sibiriens, der Region

Karelien-Murmansk und der unbewohnten Regionen des Nordkaukasus, der Wolga-Region, des südlichen Urals sind.

Als Hauptfaktor, um die Anzahl der Umzusiedelnden zu bestimmen, wurde „die überzählige Hand in der Landwirtschaft, die ein Effekt der landwirtschaftlichen Überbevölkerung ist“, angesehen. Geplant wurde in den Jahren 1925-1931 aus der Ukraine 177.000 Haushalte zu verlegen: nach Sibirien 74.000, in den Fernen Osten 63.000, an die Wolga 16.000, in den Nordkaukasus 15.000, an den Ural 9.000. Die Umsetzung dieses Plans erstreckte sich jedoch über 15 Jahre. Während des Zeitraums der Jahre 1926 bis 1940 wurden aus den genannten Regionen der Ukraine ungefähr 2,885 Millionen Personen umgesiedelt. Umgekehrt wurden aus Belarus, den Zentral-, Wolga-Wjatka-, Zentral-Schwarzerde-Regionen der UdSSR fast 223.000 Menschen in die Ukraine gebracht.

Das wohl dramatischste Kapitel in der ukrainischen Geschichte wurde die Kollektivierung – die Schaffung von Kolchosenwirtschaft durch die aufoktroyierte Vergesellschaftung von Landbesitz, Lager, Vieh. Der Aufbau des Sozialismus brachte die beschleunigte Industrialisierung auf Kosten der Bauern. Die Pläne für die Entwicklung der Industrie stützten sich auf die billige Beschaffung von Getreide, was ermöglichen sollte, die wachsende Arbeiterklasse mit Brot zu versorgen, außerdem aber auch auf den Tausch von Korn gegen ausländische Technik für die neuen Fabriken und Werke. Die repressiven Methoden Getreide aus der Ukraine herauszupressen führten 1933 zum Holodomor, dessen Opfer nach verschiedenen Angaben zwischen vier und sieben Millionen der Landbevölkerung waren.

Zur gleichen Zeit begann in den Städten der umfassende Terror gegen die nationale Intelligenz. In einem Monat im Jahr 1938 wurden allein in Kiew und dem umliegenden Gebiet 67.200 Kulturakteure, Wissenschaftler, Militärs, führende Fachleute verhaftet.

Widerstand gegen die Kollektivierung wurde als Sabotage angesehen. Den heftigsten Widerstand leisteten diejenigen, die etwas zu verlieren hatten die reichsten Bauern, wofür sie erschossen oder massenhaft in die Zwangsarbeitslager verschickt wurden auf die Solowezki-Inseln, nach Petschora (Holzfällerarbeiten), Sibirien (Bergbau), zum Bau des Weißmeer-Ostsee-Kanals, zur Eisenbahnstrecke Kotlas-Uchta-Workuta, zu den Wasserkraftwerken am Fluss Swir im Gebiet Leningrad und so weiter. Die häufigste Form der Enteignung war die Deportation. In den Jahren 1930 bis 1931 wurden ohne Gerichte durch die Entscheidung der „Troika“ aus der Ukraine etwa 250.000 wohlhabende Bauern in den Ural, nach Ost- und Westsibiren, in den Fernen Osten, nach Jakutien verschickt – die sogenannten Kulaken (Großbauern) und Untergroßbauern, die bis zur Deportierung 63.720 Landwirtschaftsbetriebe unterhielten. In den Jahren 1928 bis 1931 ist die Zahl der Bauernhöfe um 352.000 geschrumpft!

Mit dem Beginn des Zweiten Weltkriegs evakuierten die Sowjets Hunderte von Industriebetrieben, materielle Werte, Facharbeiter, Wissenschaftler, Kultur- und Kunstakteure tief in die Sowjetunion. An erster Stelle der Evakuierung stand die Nomenklatura der Kommunistischen Partei, ihre Familienangehörigen und schließlich die Jugend im wehrfähigen Alter. Nach unvollständigen Angaben wurden aus der Ukraine in den Ural, zur Wolga und nach Zentralasien 550 Industrieanlagen und mehr als 2 Millionen Menschen verbracht. Schließlich wurden als „mögliche Überläufer zum Feind“ fast alle ethnischen Deutschen, die vor dem Krieg in der Ukraine lebten, fast 400.000, massenhaft verschickt.

Im Übermaß beeinträchtigte die Invasion der Nazis die demografische Situation in der Republik. Während der Besetzungszeit wurden aus der Ukraine etwa 2,4 Millionen Menschen zur Zwangsarbeit verschickt, von denen die Mehrzahl nie mehr in ihr Heimatland zurückkehrte. Außerdem wurden als Ergebnis des Holocausts in der Ukraine 1,6 Millionen Juden umgebracht. Der Gesamtverlust des ukrainischen Volkes (Tote) in der Kriegszeit beträgt ungefähr neun Millionen Menschen.

Berücksichtigt man die Bürger, die nicht zurückkehrten (Flüchtlinge, Gefangene, Vertriebene, Ostarbeiter) und die Verluste durch Geburtenrückgang in den Jahren 1941 bis 1945, so kommt man auf etwa 13,5 Millionen Menschen.

In der Nachkriegszeit befand sich ein erheblicher Teil der ukrainischen Bevölkerung unfreiwillig außerhalb des eigenen Landes, und fast jeder dritte erhielt den Status eines Sondersiedlers. Im Juni 1944 wurden unter dem

Vorwurf des Verrats und der Zusammenarbeit mit den Nazis 191.000 Krimtataren, 16.000 Griechen, 12.600 Bulgaren, etwa 9.800 Armenier, außerdem alle Türken und Italiener von der Krim nach Zentralasien, Kasachstan, Sibirien und in den Ural deportiert. Die von der Halbinsel deportierten Personen wurden als „lebenslänglich abgeschobene Sondersiedler“ eingestuft. Gleichzeitig wurde Bevölkerung aus anderen Republiken auf der Krim angesiedelt, vor allem aus der Russischen Sowjetrepublik. Anfang 1945 zogen etwa 17.000 Familien auf die Halbinsel, in den Jahren 1950 bis 1954 weitere 57.000.

Massenrepressionen wurden in den befreiten Gebieten der Westukraine begangen. Aus dem Gebiet der sechs westlichen Regionen (Riwne, Wolhynien, Ternopil, Lwiw, Drohobytsch und Stanislaw) wurden gegen Ende und nach Beendigung des Zweiten Weltkriegs mehr als 204.000 Menschen in entlegene Gebiete der Sowjetunion deportiert, einschließlich der Familien von Mitgliedern der „Banden des nationalistischen Untergrunds“, „Bandenkomplizen“ (zu ihnen zählte man auch die Geistlichkeit der Ukrainischen Griechisch-Katholischen Kirche) und ihre Familienangehörigen – 182.500 Personen, Kulaken und ihre Familienangehörigen – 12.100, Zeugen Jehovas mit ihren Familien – fast 9.000 Personen.

Man beachte, dass gemeinsam mit der Roten Armee in die westlichen Gebiete der Ukraine aus dem Osten eine große Schar von sowjetischen Bürokraten und Parteifunktionären, Spezialisten der Industrie und der Landwirtschaft, Mitarbeiter von Bildungseinrichtungen, medizinischer Vorsorge und von Kultur- und Bildungseinrichtungen kam. Während es bis zum Krieg in der Westukraine fast gar keine Russen gab, so entfielen bereits 1959 auf sie fünf Prozent der Bevölkerung (330.000 Personen).

1944 wurde in der Instruktion über die Gestaltung der Verschickung der Familienangehörigen von Mitgliedern der Organisation Ukrainischer Nationalisten (OUN) und aktiven Aufständischen in die fernen Regionen der Sowjetunion bestimmt, dass „der Verschickung alle volljährigen Familienangehörigen von OUN-Mitgliedern und aktiver Aufständischer unterliegen, ob nun gefangen, verhaftet oder bei der Flucht getötet, ebenso Familien des aktiven und leitenden Personals von OUN-UPA, die sich verstecken und zurzeit einen illegalen Status haben. Minderjährige Familienmitglieder werden gemeinsam mit ihren Eltern deportiert.“

Man deportierte die Familienangehörigen von Aufständischen infolge der Entscheidung der Sonderkonzilien für fünf Jahre. In den Jahren 1947 bis 1949 deportierte man infolge der Entscheidung dieses außergerichtlichen Organs die Nächsten und Familienangehörigen der Aufständischen bereits für acht bis zehn Jahre, 1950 aber wurde auf Anordnung des Ministerrates der UdSSR die Leitlinie der Deportation von Familien der Teilnehmer an der nationalen Befreiungsbewegung aufgehoben und festgestellt, dass „sie lebenslänglich in ferne Gebiete des Landes umgesiedelt worden sind.“

Man siedelte die deportierten Familien der Aufständischen vorwiegend in den Gebieten des Nordens des Urals, des Fernen Ostens, der Wolga und der Steppenzone Kasachstans an: Komi, Jakutien, Mordowien, Udmurtien, Burjaten-Mongolen ASSR, Krasnojarsk, Chabarowsk, Primorje; in den Gebieten Kemerowo, Wologda, Irkutsk, Omsk, Tomsk, Molotowskij (heute Gebiet Perm der Russischen Föderation), Tscheljabinsk, Amur, Tschita, Archangelsk, Kirow, Karaganda und Dschambul.

Aufgrund der rauen klimatischen Bedingungen, des Mangels an geeigneten Unterkünften (oft teilten die Deportierten in Zelten den Platz von 60 Quadratmeter mit bis zu 40 Personen, eine Holzhütte für 100 Personen wurde als „Luxus“ angesehen), warmer Kleidung, Schuhe und Lebensmittel unter den deportierten Familien, der schlechten sanitären Einrichtungen stiegen die Zahlen der Sterblichkeit unter den deportierten Familien der ukrainischen Aufständischen an, insbesondere unter den Kindern, die an Erschöpfung, Dystrophie, Erkältungen und Infektionskrankheiten starben. Nach Angaben der ukrainischen Historikerin Tamara Wronska wurden allein in den Jahren 1948 bis 1949 in dieser Kategorie der Verbannten 879 Kinder geboren und 6.382 starben.

1958 nahm man die Mehrzahl der deportierten Familienangehörigen der Teilnehmer an nationalen Befreiungsbestrebungen aus den Listen. Die Überlebenden kehrten nach Hause zurück. Mehr als 38.000 ehemalige Aufständische und ihre Familienangehörigen blieben jedoch in Sondersiedlungen. Die endgültige Freilassung der Deportierten erfolgte erst 1962.

„Die Russifizierung des Südwestens des Landes ist eine große Aufgabe für jede russische Person.“ Dieser Aufruf

des Zaren Alexander II an den Generalgouverneur des Südwestens des Landes Alexander Besaka ist mehr als ein Jahrhundert ein Leitfaden für Beamten-Chauvinisten jeder Couleur des vor- und nachrevolutionären Imperiums gewesen.

Versteckt hinter dem Motto „fruchtbarer Austausch von Experten“ führte das sowjetische Regime in den 1950er Jahren und bis zum Zusammenbruch der Sowjetunion die Politik der ukrainischen Massenmigration fort. Da sie ein hohes Gehalt, Werte und Gehaltszulagen wünschten, zogen unsere Landsleute aus, unberührte und vernachlässigte Flächen zu entwickeln, den westsibirischen Öl- und Gaskomplex, zum Bau des Kansk-Atschinsker Brennstoff- und Energie-Komplexes, zum Bau der Baikal-Amur-Eisenbahn, zum Goldbergbau, zum Holzfällen& Allein im Verlauf des Jahres 1989 sind von 479.000 Personen, die aus der Ukraine für einen dauerhaften Aufenthalt in andere Republiken der UdSSR gegangen sind, 202.598 Personen der arbeitsfähigen Bevölkerung nach Russland ausgewandert.

Umgekehrt schickte man aus anderen Republiken, insbesondere aus der Russischen Sowjetrepublik große Ströme von Spezialisten verschiedener Bereiche der Industrie und der Landwirtschaft in die Ukraine, Absolventen höherer und Fachschulen und Militärschulen, Militärangehörige, die nach der Pensionierung weitgehend am Ort des Einsatzes blieben. Zur Hochzeit des Sozialismus zogen jährlich etwa 600.000 Migranten in die Ukraine. Diese Menschenströme siedelten in den am besten für das Leben und die Arbeitstätigkeit geeigneten Regionen: auf der Krim, in den Regionen Odessa, Mykolajiw, Transkarpatien, im Donbass, in der Dnjeprukraine und in den angrenzenden Industriezentren des Schwarzen und Asowschen Meeres. Allein in die Krim-Region kamen 1989 von außerhalb der Ukraine 43.488 Migranten, nach Donezk 81.307, nach Dnipropetrowsk 57.400, nach Luhansk 47.613, nach Charkiw 44.067, nach Odessa 31.944, nach Kiew fast 40.000.

Während der Sowjetzeit stieg die Zahl der Russen in der Ukrainischen Sowjetrepublik ständig (für den Zeitraum von 1926 bis 1989 4,3 fach!). 43,3 Prozent von ihnen (nach der Volkszählung von 1989) wurden außerhalb der Ukraine geboren. Wenn 1926 in der Republik 2,667 Millionen Russen (9,2 Prozent der Gesamtbevölkerung) lebten, 1939 4,2 Millionen(13,5 Prozent), 1959 7,091 Millionen (16,9 Prozent), 1979 10,472 Millionen (21,1 Prozent), dann hat im Jahr 1989 ihre Zahl in der Ukraine 11,356 Millionen Menschen (22,1 Prozent) erreicht. Laut der Volkszählung von 2001 stellten die Russen in der Ukraine die größte nationale Minderheit, sie betrug 8,3341 Millionen Menschen (17,3 Prozent).

Das Wachstum der russischen Minderheit wirkte sich negativ auf den Kultur- und Bildungsstatus der gesamten multinationalen Bevölkerung der Ukraine aus. Besonders akut war die Frage der Sprache. Während der gesamten Existenz der UdSSR wurde eine zielgerichtete Politik verfolgt, die Ausbreitung der russischen Sprache auf Kosten der Ukrainischen. Ihre Verwendung in ukrainischen Bildungseinrichtungen wuchs. Erfolg beim Lernen, die Möglichkeit, eine Karriere zu machen, wurden abhängig von guter Beherrschung der russischen Sprache. Ukrainische Schulen, Zeitungen und Zeitschriften wurden geschlossen, die Auflagen ukrainischer Publikationen wurden verringert, und das Eintreten für die ukrainische Sprache wurde mit „ukrainischem bürgerlichem Nationalismus“ identifiziert. In der Ukraine wurde die russische Sprache vorherrschend in der Kommunikation, in der Geschäftsführung der Partei- und Staatsorgane, in den Massenmedien.

Jetzt können wir sicher sagen, dass man die Ursprünge der russischen Annexion der Krim und der bewaffneten Konflikte in den Gebieten Donezk und Luhansk in bedeutendem Maße in der einseitigen, voreingenommenen Migrationspolitik des zaristischen und nach 1917 des sowjetischen Imperiums suchen muss.

13. Juli 2018 // **Wolodymyr Olijnyk**

Quelle: **Dserkalo Tyschnja**

Übersetzer: **Christian Weise** — Wörter: 2351

Namensnennung-Keine kommerzielle Nutzung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 3.0 Deutschland Sie dürfen:

- das Werk vervielfältigen, verbreiten und öffentlich zugänglich machen
- Bearbeitungen des Werkes anfertigen

Zu den folgenden Bedingungen:

Namensnennung. Sie müssen den Namen des Autors/Rechteinhabers in der von ihm festgelegten Weise nennen (wodurch aber nicht der Eindruck entstehen darf, Sie oder die Nutzung des Werkes durch Sie würden entlohnt).

Keine kommerzielle Nutzung. Dieses Werk darf nicht für kommerzielle Zwecke verwendet werden.

Weitergabe unter gleichen Bedingungen. Wenn Sie dieses Werk bearbeiten oder in anderer Weise umgestalten, verändern oder als Grundlage für ein anderes Werk verwenden, dürfen Sie das neu entstandene Werk nur unter Verwendung von Lizenzbedingungen weitergeben, die mit denen dieses Lizenzvertrages identisch oder vergleichbar sind.

- Im Falle einer Verbreitung müssen Sie anderen die Lizenzbedingungen, unter welche dieses Werk fällt, mitteilen. Am Einfachsten ist es, einen Link auf diese Seite einzubinden.
- Jede der vorgenannten Bedingungen kann aufgehoben werden, sofern Sie die Einwilligung des Rechteinhabers dazu erhalten.
- Diese Lizenz lässt die Urheberpersönlichkeitsrechte unberührt.

Haftungsausschluss

Die Commons Deed ist kein Lizenzvertrag. Sie ist lediglich ein Referenztext, der den zugrundeliegenden Lizenzvertrag übersichtlich und in allgemeinverständlicher Sprache wiedergibt. Die Deed selbst entfaltet keine juristische Wirkung und erscheint im eigentlichen Lizenzvertrag nicht.

Creative Commons ist keine Rechtsanwaltsgesellschaft und leistet keine Rechtsberatung. Die Weitergabe und Verlinkung des Commons Deeds führt zu keinem Mandatsverhältnis.

Die gesetzlichen Schranken des Urheberrechts bleiben hiervon unberührt.

Die Commons Deed ist eine Zusammenfassung des Lizenzvertrags in allgemeinverständlicher Sprache.